

ARCHIPEL

Zeitung des Europäischen BürgerInnenforums



AZB 4001 Basel
Europäisches BürgerInnen Forum, 4001 Basel
Die Post CH AG

Jüdinnen, Musliminnen, Christinnen oder Atheistinnen haben beschlossen, sich zu den «Women Wage Peace» zusammenzuschliessen.

ISRAEL/PALÄSTINA

Friedensinitiativen im Nahen Osten

Selbst wenn und gerade weil im Moment eine Entwicklung in Richtung Frieden in unerreichbare Ferne gerückt ist, möchten wir auf die Bewegungen in Israel/Palästina aufmerksam machen, die sich seit Jahren mutig und konsequent für ein Miteinander einsetzen. In mehreren Ländern Europas haben sich inzwischen solidarische Parallelinitiativen entwickelt.

Wie so oft sind es auch in Israel und Palästina in erster Linie die Frauen, die sich für den Frieden einsetzen. «Women Wage Peace» ist eine Bewegung, die von israelischen Frauen infolge des Gaza-Krieges 2014 gegründet wurde. Sie wendet sich gegen die Besatzung und fördert das friedliche Zusammenleben aller Gemeinschaften. Die Bewegung ist überparteilich und nicht hierarchisch. Sie hat über 45.000 Mitglieder und ist damit die grösste populäre Friedensbewegung in Israel. Sie ermöglicht Frauen aus verschiedenen Gemeinschaften, sich zusammenzuschliessen und sich gemeinsam für eine Zukunft ohne israelisch-palästinensischen Konflikt einzusetzen.

Auf palästinensischem Gebiet gründeten Palästinenserinnen vor drei Jahren die Organisation «Women of the Sun», die sich ebenfalls für eine gemeinsame, friedliche Zukunft

einsetzt. Seither arbeiten die beiden Organisationen zusammen, um ihre jeweiligen Herrschenden aufzufordern, den Konflikt zu beenden.

Am 4. Oktober 2023, drei Tage vor dem Hamas-Angriff, hatten sich Tausende von Frauen der beiden Gruppen zu einer grossen Veranstaltung für den Frieden getroffen, bei der sie forderten, den «Aufruf der Mütter» zu unterstützen, der von beiden Bewegungen zusammen formuliert worden war: «Wir, palästinensische und israelische Mütter, sind entschlossen, den Teufelskreis des Blutvergiessens zu stoppen und die Realität des schwierigen Konflikts zwischen beiden Nationen zum Wohle unserer Kinder zu verändern.» Die Veranstaltung begann an der Trennungswand am Kontrollpunkt Bethlehem. Von dort zogen die Frauen zur

Promenade von Armon Hanatziv in Jerusalem, wo Diplomaten und weltbekannte Persönlichkeiten ihre Unterstützung demonstrierten. Der Höhepunkt des Tages fand am Neve-Midbar-Strand am Toten Meer statt. Auf dem Zaun, hinter dem die Hauptkundgebung stattfand, wurde eine Ausstellung von Friedensquilts gezeigt. Der runde Tisch, welcher Teil der künstlerischen Installation von Sigalit Landau¹ auf der Biennale 2011 war, stand in der Mitte der Bühne und symbolisierte den Verhandlungstisch. Um den Tisch herum sassen palästinensische und israelische Vertreterinnen sowie Diplomaten und andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die eigens für diese Veranstaltung angereist waren. Die Frauen kündigten die Gründung einer gemeinsamen Gruppe an, mit der sie ihrer Sorge um das Schicksal ihrer Kinder Ausdruck verleihen und sich für Versöhnung und eine gewaltfreie Lösung des Konflikts einsetzen werden.

Standig together

Eine weitere Friedensbewegung, die 2015 gegründete Organisation «Standing Together», entwickelt sich seit dem 7. Oktober 2023 besonders stark. Auch hier setzen sich seit 2016 jüdische und palästinensische Menschen in Israel gemeinsam für Gleichheit, Frieden und soziale Gerechtigkeit ein. Für die zivilgesellschaftliche Gruppe «Standing Together» ist klar: Die Sicherheit der Menschen in Israel kann nicht durch Krieg und Gewalt hergestellt werden. Seit dem grauenvollen Angriff der Hamas auf Israel gelten

linke Aktivist:innen hier als Verräter:innen und die palästinensische Bevölkerung in Israel ist einer Welle der Repression ausgesetzt. Einige Oppositionspolitiker:innen, die in der Knesset sassen, also Mitglieder des israelischen Parlaments waren, wurden nach dem 7. Oktober abgesetzt, weil sie Netanyahu und seine zweifelhafte Politik kritisierten.

Auch in anderen Ländern haben Mitglieder jüdischer und arabischer Gemeinschaften Initiativen ergriffen. In Wien zum Beispiel, findet, wie wir bereits im Archipel berichteten, eine wöchentliche Mahnwache «Standing Together – Zusammenstehen» für die Opfer des Krieges zwischen Hamas und Israel statt. Als «besorgte österreichische Bürger:innen und Bewohner:innen dieses Staates» formulierten diese Menschen Anfang November einen Appell an den österreichischen Bundeskanzler: «...Wir sind zutiefst bestürzt, sowie enttäuscht darüber, dass Österreich gegen die Resolution der UN-Generalversammlung, die einen sofortigen Waffenstillstand im blockierten Gazastreifen fordert, gestimmt hat. In einer für so viele Menschen tragischen Zeit verurteilen wir unmissverständlich sowohl die brutalen Angriffe der Hamas auf Israel, bei denen 1400 Israelis getötet und über 3000

verletzt wurden, als auch die israelische Blockade und Bombardierung des Gazastreifens, bei der über 9000 (inzwischen sind es über 23.000, Anm. d.Red.) Palästinenser:innen getötet, zehntausende Menschen verletzt und 1,4 Millionen Zivilist:innen in Gaza zur Flucht aus ihren Häusern gezwungen wurden. (Auch hier ist die Anzahl inzwischen massiv angestiegen, Anm. d. Red.).

(...) Wir appellieren dringend an die österreichische Bundesregierung, besonders in ihrer Rolle als Vertretung eines neutralen Staates, sich gegen die Tötung aller Zivilist:innen auszusprechen und einzuschreiten. Jede Intervention muss darauf abzielen, die anhaltende Gewalt zu beenden und den Konflikt zu deeskalieren. Wir würden uns auch wünschen, dass sich Österreich für integrative, langfristige Lösungen in der Region einsetzt, um Frieden, Gerechtigkeit und Sicherheit für alle zu erreichen. Die laufend steigenden Opferzahlen und die Zerstörung im Nahen Osten haben auch auf Europa und den Rest der Welt Auswirkungen. Sich für Menschenrechte einzusetzen, bedeutet, sich vehement und aktiv gegen Rassismus, Antisemitismus, Islamophobie und Fremdenhass zu stellen.

Im Namen der Menschlichkeit und des Friedens fordern wir daher die österreichische Bundesregierung auf, sich für einen sofortigen Waffenstillstand, für Verhandlungen zur Freilassung der über 200 Geiseln und für ein Ende der Belagerung des Gazastreifens einzusetzen, in der Hoffnung auf eine bessere Zukunft für alle Menschen in der Region.» (Standing Together, Wien, 3. November 2023*)

Heute, Mitte Januar, demonstrieren Tausende Menschen in Tel Aviv und anderen Städten gegen die Regierung von Netanyahu, durch deren unerbittliche, kompromisslose Vernichtungspolitik in Gaza die Freilassung der israelischen Geiseln, die sich jetzt seit 100 Tagen in Gefangenschaft der Hamas befinden, verunmöglicht wird. Wir werden das Geschehen im Nahen Osten und die Arbeit der Friedensinitiativen weiter verfolgen, über sie berichten und die mutigen, friedensorientierten Menschen dort so weit als möglich tatkräftig unterstützen.

Zusammengestellt von Constanze Warta

*Sie können diese Petition im Internet über «Standing Together Petition» unterschreiben.

1. Sigalit Landau (geb. am 22. Dezember 1969 in Jerusalem) ist eine israelische Bildhauerin, Videokünstlerin und Installationskünstlerin.

« Women of the Sun »

Reem Hajajri, eine der Gründerinnen von «Women of the Sun»: «Der Weg zum Frieden ist lang und voller Herausforderungen. Wir bleiben stark und entschlossen, denn immer mehr Frauen schliessen sich der Bewegung an, Frauen, die ihre Kinder schützen und verhindern wollen, dass sie die nächsten Opfer werden. Wir begannen als eine Bewegung mit ein paar einzelnen Frauen, und jetzt sind wir Tausende aus dem Westjordanland und dem Gazastreifen. Wir wollen uns nicht länger zurücklehnen und sind entschlossen, beharrlich zu handeln, um den Kreislauf des Blutvergiessens zu beenden sowie Freiheit und ein gerechtes, ehrenvolles Leben für palästinensische und israelische Kinder zu erreichen».

Yael Admi, eine der Gründerinnen und Leiterinnen von «Women Wage Peace»: «Dies ist eine historische Partnerschaft zweier Frauenbewegungen, die nicht aufhören werden, ihre Forderungen an die Führungen beider Seiten zu stellen, ein Friedensabkommen zu fördern und eine Zukunft in Frieden, Sicherheit und Freiheit für beide Nationen zu gewährleisten. Seit der Gründung dieser Partnerschaft und der Formulierung des «Aufrufs der Mütter» haben sich uns immer mehr Frauen angeschlossen, die beschlossen haben, nicht länger zu schweigen, und die versuchen, einen neuen Weg einzuschlagen. Es ist an der Zeit, dass mutige Persönlichkeiten die Hoffnung auf eine bessere Zukunft für unsere Kinder wecken.

ISRAEL

Von Tag zu Tag

Gal ist Israelin und lebt in Frankreich. Sie hat nach und nach die Nachrichten, die sie seit dem 7. Oktober 2023 erhalten hat, sowie die Eindrücke, die diese in ihr hervorgerufen haben, aufgeschrieben – ein Zeitdokument.

Am 7. Oktober ruft D. mich an und sagt mir, dass in Israel gerade etwas sehr Schlimmes passiert. Ich schlage Ha'aretz¹ auf. Die Hamas hat den Zaun zwischen Israel und Gaza niedergerissen; bewaffnete Männer in israelischen Dörfern, Städten und Kibbu-

zim. Ich kann nicht verstehen, was passiert, aber ich weiss, dass es ernst ist. Ich möchte meine Freundinnen und Freunde anrufen, aber ich weiss nicht, was ich ihnen sagen soll. «Wie geht es dir?» scheint mir eine unangemessene Frage zu sein. Ich schreibe

K. eine Nachricht, er ist besorgt, wir sehen beide, dass die israelische Antwort zu einem Massaker an den Bewohnern und Bewohnerinnen von Gaza führen könnte.

8. Oktober

Ich rufe meine Mutter an. Mit ihren 81 Jahren ist sie traumatisiert und deprimiert. Sie sagt, dass es sie 50 Jahre in die Vergangenheit, in den Krieg von 1973, zurückversetzt. Ihr Bruder war in diesem Krieg zusammen mit 2688 anderen Soldaten getötet worden. Es waren 294 Geiseln genommen worden. Damals handelte es sich um Soldaten, heute um Zivilist:innen, von denen einige in ihrem Alter sind.

L. lebt in einem der Dörfer, die von der Hamas angegriffen wurden. Er war mit seiner Ex-Frau und seinen drei Kindern in seinem Haus: «Die Armee ist nirgends, überall liegen Leichen. Einer der Freunde meiner Kinder wurde von der Hamas entführt. Familien

brennen in ihren Häusern, Babys werden vor den Augen ihrer Mütter getötet, Menschen, die von einem Fest im Freien fliehen, werden erschossen, verstümmelt und Frauen vergewaltigt. Eine 80-jährige Frau, die in einem Minikarren auf dem Weg nach Gaza sitzt, wird entführt, ebenso wie Kinder, Mädchen, ältere Menschen, Babys und Männer.»

9. Oktober

Ich schlage Ha'aretz Dutzende Male am Tag auf und vergleiche die Nachrichten mit denen in der New York Times. Ich kann die Situation immer noch nicht erfassen. E. erzählt mir, dass er am Tag des Angriffs die Küchenmesser herausgeholt, die Kinder zusammengetrieben und mit den Messern neben seinem Kopfkissen geschlafen hat. Sie leben 90 km von Gaza entfernt und seine Messer können kaum eine Tomate schneiden.

Ich schicke G. eine Nachricht. Sie sagt mir, dass sie ihre Kinder sehr liebe, es aber bereue, sie in die Welt gesetzt zu haben. Wir sprechen über die Geiseln. «Es fehlt nur noch, dass die Hamas sie auf die Dächer der Gebäude stellt, wenn die Luftwaffe der IDF (Israelische Verteidigungsstreitkräfte, Anm. d. Red.) den Gazastreifen bombardiert.»

Dieses Bild bleibt in meinem Kopf. Ich wache nachts auf, stelle mir israelische Geiseln vor, die von Soldaten der IDF getötet wurden, und sehe palästinensische Familien, die in ihren Häusern bombardiert werden. D. und ich sind uns ziemlich sicher, dass die Hisbollah den Norden Israels angreifen wird, ich stelle mir vor, wie Soldaten der IDF in den Tunneln der Hamas in Gaza gefangen sind und versehentlich auf israelische Geiseln schießen (was neun Wochen später auch passiert).

12. Oktober

«Alles hat geschlossen.», sagt Y., «Es ist so deprimierend - das Grauen der Shoah kommt wieder hoch. Die Leute erzählen immer wieder dieselben Geschichten; sie sind schockiert über die Gräueltaten. Es ist ein Krieg, so etwas passiert in Kriegszeiten, schreckliche Szenen. Was dachten sie, was passiert ist, als Russland in die Ukraine einmarschierte oder in früheren Kriegen? Haben sie keine Bücher gelesen?»

Y. ist eine Intellektuelle und es verletzt ihre Integrität, wenn die Menschen denken, dass ihre Situation einzigartig ist, dass sie irgendwie etwas Besonderes sind. «Was soll ich jetzt tun? Einen anderen Ort finden? Einfach weggehen? Wir haben Russland in den 1980er Jahren verlassen, weil wir nicht in dieser Art von Regime leben wollten... Du weißt, dass ich keine grosse Humanistin bin, ich bin nicht zu den Demonstrationen gegangen; aber die ganze Revolte sollte nicht so schnell zusammenbrechen.» (Sie bezieht sich auf die derzeitige Regierung, die monatelangen Demonstrationen seit Anfang 2023 gegen die Justizreform, gegen einen korrupten/faschistischen/zelotischen Premierminister und Minister oder alles auf einmal.)

Ich kann nicht wirklich mit den Menschen der Gemeinschaft sprechen, mit denen ich in Frankreich seit 13 Jahren mein Leben teile. Auf dem Markt, auf dem ich Brot verkaufe, ist es nicht besser; bin ich das Opfer des Terroranschlags der Hamas oder gehöre

ich für sie zu den Israelis, die palästinensische Kinder bombardieren? Einer von ihnen sagte mir, er habe sich einen Film angesehen, «Fünf zerbrochene Kameras»², «Jeder sollte ihn sehen, man versteht, warum die Palästinenser Befreiung wollen, warum dieser Angriff stattgefunden hat». Ist es an der Zeit zu sagen, dass die Hamas Gaza nicht befreit? Dass es sich um eine extrem religiöse, frauenfeindliche Organisation handelt, unter deren Regime keine Französin, kein Franzose leben möchte? Auch die meisten Palästinenserinnen nicht. Ich habe dieses Gespräch nie wieder aufgenommen.

Die andere Hälfte

Mindestens die Hälfte der israelischen Bevölkerung hat nicht für diese rechtsextreme, fanatische, korrupte und faschistische Regierung gestimmt, die noch dazu nicht funktioniert. Das Hauptinteresse der Minister besteht darin, an der Macht zu bleiben, die Gesellschaft zu spalten und Angst und Hass zu schüren. Eine Regierung, die in den ersten kritischen Tagen des Hamas-Angriffs nicht funktioniert hat, die so wenig wie möglich unternimmt, um die Geiseln lebend zu befreien, die Milliarden Dollar für den Siedlungsbau im Westjordanland zahlt, an religiöse Juden, die nicht arbeiten und nicht in der Armee dienen, eine Regierung, die die israelischen Bürgerinnen, die durch diesen Krieg vertrieben wurden, vernachlässigt.

Es waren Einzelpersonen, Juden, Jüdinnen, Beduinen, Palästinenserinnen und Araber, welche den Menschen zu Hilfe kamen, die sich am 7. Oktober, als ihre Häuser brannten, im Gebüsch versteckten und versuchten, dem Tod zu entkommen; es war nicht die Armee. Es waren die spontanen zivilen Organisationen, die den vertriebenen Zivilistinnen und der Armee selbst Lebensmittel und Hilfsgüter schickten, nicht die Regierung. Die gleichen Leute, die jeden Samstag zu den Demonstrationen gegen die Regierung gegangen waren und von den Ministern als Verräterinnen bezeichnet wurden, betrieben wenige Tage nach dem Angriff der Hamas aktiv zivile Strukturen und versuchten, die durch den Angriff zerrissenen Gemeinden zu unterstützen, während die Minister sich versteckten.

Es sind auch dieselben Männer, die die Flugzeuge fliegen, die die Zivilbevölkerung in Gaza bombardieren, die die Panzer durch die engen Strassen der Flüchtlingslager fahren. Wenn sich einer von ihnen weigert, hören wir nichts davon, wir wissen es nicht, wir bezweifeln, dass es passieren wird. Die Indoktrination ist wahrscheinlich zu stark.

Seit dem Kindergarten werden wir in dem Glauben erzogen, dass Israel immer die Hand zum Frieden ausgestreckt hat, sie jedoch haben sie abgelehnt; wir sind keine Partner. «Zuerst eliminieren wir die Hamas und dann wechseln wir die Regierung», sagt G. – «Aber das kann nicht durch militärische Aktionen erreicht werden, sondern nur durch Verhandlungen», sage ich, und G. antwortet: «Wir müssen Grenzen ziehen. Sollen wir denn mit Palästinenserinnen reden, die das Existenzrecht Israels bestreiten?» – «Ja, wir sollten verhandeln. Davon abgesehen gibt es eine Menge von Israelis, die die Existenz der Palästinenser auch nicht anerkennen», sage ich.

Mein Zeitgefühl ging verloren – Das Recht, gegen den Krieg zu demonstrieren, wird abgeschafft; nur Demonstrationen für die Freilassung von Geiseln werden toleriert. Die Menschen, die ein Ende der Kämpfe und die Freilassung der Geiseln fordern, tragen keine T-Shirts mehr, sondern stehen im Regen, tragen Kapuzenpullover und Daunenjacken. Die Geiseln in den Tunneln der Hamas wirken immer dünner und grauer. «Ich kann nicht mehr optimistisch in die Zukunft blicken», sagt meine Mutter zu mir.

Ich spreche mit O., einem Professor an einer Universität, 10 km von Gaza entfernt: «Ich höre den ganzen Tag schreckliche Geschichten. Dann besuchte ich meinen Vater» – sein Vater ist in einem Pflegeheim, er leidet an Alzheimer und erkennt seinen Sohn nicht – «das ist der ruhigste Ort, den ich jetzt habe. Ich möchte einfach den ganzen Tag bei ihm bleiben, seine Hand halten, verloren im Nichts.»

Gal Karniel

1. Ha'aretz ist eine israelische Tageszeitung

2. «Five Broken Cameras» ist ein französisch-israelisch-palästinensischer Dokumentarfilm, der von Emad Burnat und Guy Davidi geschrieben, gedreht und 2011 veröffentlicht wurde.



Schattengestalten. Nadako

Beharrlicher Einsatz für Arbeitsmigrant·innen

Wenn wir von unserer Gewerkschaft SOC/SAT-Almeria im südspanischen Andalusien aus einen Rückblick und eine Bilanz auf das vergangene Jahr schreiben sollen, würden wir gerne einfach ein leeres Blatt abgeben. Doch auch im Jahr 2023 waren wir mit der massiven Ausbeutung migrantischer Arbeiter·innen konfrontiert. Dementsprechend intensiv war unsere Arbeit für deren Verteidigung.

Der Fall von Siri ist ein Beispiel für die zahlreichen Missbräuche, welche Migrant·innen erleiden müssen, die an der andalusischen Küste ankommen: Siri aus dem Senegal, ein ehemaliger Fischer, der sich – wie viele seiner Kollegen – gezwungen sah, seine Heimat zu verlassen, weil er Opfer der verheerenden industriellen Fischerei geworden war. Bei seinem Arbeitgeber im Plastikmeer von Almeria musste er für lediglich 900 Euro pro Monat 12 bis 13 Stunden pro Tag, sieben Tage die Woche, durcharbeiten – und dies seit drei Jahren ohne jeglichen Vertrag wie ein Sklave. Zum «Mädchen für alles» gemacht, arbeitete Siri abwechselnd in den Gemüsegewächshäusern, als Schäfer und als Putzmann. Sein Chef, ein Gemüseproduzent und Viehzüchter, war selbst mit der äusserst schäbigen Bezahlung mehrere Monate im Rückstand. Als wir von der ganzen Sache erfuhren, setzten wir

uns beharrlich für die Rechte von Siri ein: Nach einer Anzeige bei der Arbeitsaufsichtsbehörde und einem Schlichtungsgespräch zwischen dem Arbeitgeber und der Behörde bekam Siri die ausstehenden Entschädigungen und das Arbeitsverhältnis zwischen ihm und seinem Arbeitgeber wurde offiziell anerkannt. Eine wichtige Voraussetzung war erfüllt, damit Siri früher oder später eine Aufenthaltsgenehmigung erhalten kann.

«Wesentlich», doch ungeschützt

Siri gehört zu den billigen Arbeitskräften, die zwar während der Covid19-Pandemie als «wesentlich» eingestuft wurden, aber dennoch in prekären Verhältnissen leben und zwar nicht nur wirtschaftlich, sondern auch gesundheitlich, weil sie auch immer wieder Opfer von Arbeitsunfällen werden. Dies ist ein Thema, das öffentlich kaum angesprochen wird, aber uns zunehmend Sorgen bereitet. Bereits Ende 2022, als ein Arbeiter in einer Recyclinganlage für landwirtschaftlichen Plastikmüll von einer Kompressionsmaschine tödlich verletzt wurde, prangeren wir die fehlende Ausbildung für die Sicherheit am Arbeitsplatz und den laxen Umgang der Arbeitgeber mit dieser Frage an. Verletzte Arme oder Beine und ungeschützter Kontakt mit chemischen Mitteln in den Gewächshäusern gehören zum Alltag der ausgebeuteten Migrant·innen. Oft werden kranke oder verletzte Arbeiter·innen von ihren Chefs einfach vor den Toren eines Spitals «ausgesetzt».

Viele billige Arbeitskräfte wie Siri versuchen, bessere Zeiten zu finden und der Prekarität zu entkommen, indem sie in die Baubranche gehen. Doch dies kann sich schnell als Irrtum herausstellen. Auch hier sind wir oft mit traurigen Arbeitsbedingungen konfrontiert

und haben mehrere Klagen wegen diversen Missbräuchen gegen Arbeitgeber eingereicht.

Soziale Agrar-Riesen?

Das Jahr 2023 war der Beginn eines langen Tauziehens zwischen unserer Gewerkschaft und dem Salat-Riesen Primaflor/Mimaflor. Das Unternehmen ist ein grosser Empfänger von Fördergeldern der GAP (Gemeinsame Agrarpolitik der EU) und ein enormer Wasserverbraucher. Während sich der Konzern auf seiner Webseite mit einer sogenannten «Corporate Social Responsibility» (CSR) brüstet und mit den Labels Global Gap und Grasp für soziale Nachhaltigkeit ausgezeichnet wurde, sieht die Realität weitaus weniger rosig aus. Die Praktiken der Firma sind alles andere als sozial gegenüber ihren Angestellten. Nachdem wir einen sehr kritischen Bericht darüber veröffentlicht hatten, besuchte die Arbeitsaufsichtsbehörde den Betrieb. Die Inspektor·innen kamen zu Schlussfolgerungen, die unseren Bericht bestätigten. Sie kritisierten, dass es keinen Anspruch auf bezahlten Urlaub gibt und auch keinen Stundenplan, d. h. die Beschäftigten können zu Überstunden gezwungen oder je nach den Bedürfnissen des Unternehmens angefordert werden, ohne dafür eine Bezahlung zu erhalten. Die Pausenbereiche und Kantinen reichen nicht aus, um den Bedürfnissen der Beschäftigten gerecht zu werden, und als ob das noch nicht genug wäre, praktiziert der Konzern Repressionen und Einschüchterungen gegenüber Gewerkschaftsvertreter·innen. Vor kurzem wurde eine SOC-SAT-Vertreterin missbräuchlich entlassen, weil sie den Fehler begangen hatte, ihre Rechte einzufordern. Ein Gerichtsverfahren, um die Nichtigkeit dieser Entlassung zu erreichen, wird in Kürze stattfinden.

Die gleiche Auseinandersetzung gibt es mit dem anderen Agrar-Riesen Agrupapulpi, dessen Kapital von Solum Partners gehalten wird, einem amerikanischen Investmentfonds, der sich auf die Übernahme von Unternehmen im Agrarsektor spezialisiert hat. Die 1500 Beschäftigten (Produktion und Verkauf) sehen sich mit verschiedenen Missständen konfrontiert, wie z. B. unbezahlte Überstunden, nicht eingehaltene Pausen und kein vorgesehener bezahlter Urlaub.

Insbesondere in den Gewächshäusern und auf den Plantagen existieren nur unzureichende sanitäre Installationen oder sie fehlen ganz. Ein anderes Problem ist die extreme Hitze im Sommer. Es gibt keine Schatten spendenden oder klimatisierten Einrichtungen, welche die Beschäftigten z.B. während der Einnahme ihres Mittagessens schützen könnten, und keine Zeitpläne, die den Normen zur Vermeidung von Berufsrisiken in Verbindung mit der Hitze entsprechen würden. In den Verkaufsläden sind die Mitarbeiter·innen gezwungen, mehr Stunden zu arbeiten, als in ihren Verträgen festgelegt ist. Ausserdem operiert der Konzern mit temporären Verträgen, die Missbräuchen Tür und Tor öffnen.

Fragwürdiges Business mit Labels

So genannte ethische und naturfreundliche Labels häufen sich für die Unternehmen in der Region. Was sich hinter diesen Qualitätssiegeln verbirgt, steht jedoch oft im Gegensatz zu deren Kriterien. Hier nur eine Auswahl:



Mit der beharrlichen Hilfe der SOC/SAT hat Siri einen wichtigen Schritt aus der Ausbeutung heraus machen können. Foto: SOC/SAT

Unter der Oberfläche des Plastikmeeres von El Ejido geht die Ausbeutung weiter. Hohe Wellen schlägt sie nur, wenn sich Menschen zusammenschliessen und sich wehren.



Mehr als 30 ungerechtfertigte Entlassungen im Juni 2023 bei Natur Place SL (zur Biosol-Gruppe gehörend, CAAE-zertifiziert, Global Grasp), die dank unserer Aktionen in extremis zurückgenommen wurden. Die ECOSUR-Gruppe, die mit den renommiertesten Labels wie Naturland, European Green Leaf, Global Gap und Grasp ausgezeichnet ist, garantierte ihren Angestellten nicht die 40-Stunden-Woche (wie in ihren Arbeitsverträgen vereinbart). ECOSUR liess die Arbeiterinnen willkürlich arbeiten und hütete sich davor, ihnen auch nur ihre 20-minütige Pause zu gewähren. Nach zahlreichen Verhandlungen werden jetzt endlich die Normen eingehalten. Das Arbeitszentrum des Betriebes verfügt nun sogar über einen Bus, um die Angestellten nach der Arbeit so nah wie möglich an ihren Wohnort zu bringen und am nächsten Tag wieder abzuholen. (Tochterunternehmen des Bio-Tomatengiganten Bio

Sabor) oder bei El Ciruelo (spanischer Riese für Nussfrüchte). Eine grosse Genugtuung für uns war im Herbst letzten Jahres die Entscheidung des Arbeitsgerichts, das Unternehmen Campo del Levante zu zwingen, die 18 Arbeiterinnen, die der Betrieb hinausgeworfen hatte, wieder einzustellen und zu entschädigen, nachdem das Gericht deren Entlassung für ungültig erklärt hatte. Die Beschäftigten waren also missbräuchlich entlassen worden, nachdem sie ihre Rechte eingefordert hatten. Das Unternehmen hatte nämlich nicht nur zahlreiche Punkte des Tarifvertrages und des Arbeitsrechts nicht eingehalten, sondern auch systematisch Zeitverträge missbraucht.

Unsere Aufgaben waren und sind hier aber nicht zu Ende. Wir protestierten im Januar 2023 gegen die Räumung des Elendsviertels Walili in Nijar und dessen Abriss inmitten eines Grossbrandes, wobei über 450 Migrantinnen ohne alternative Unterkünfte

auf der Strasse gelassen wurden. Wir führten Demonstrationen gegen Stromausfälle im Arbeiterviertel El Puche in Almeria durch, wo Kinder kein Licht mehr zum Lernen hatten, Kranke ohne Atemhilfe blieben und wo sich die Familien in ihren Wohnungen nicht mehr mit ihren behelfsmässigen Ventilatoren von der erstickenden Hitze befreien konnten. Auch in diesem neuen Jahr werden wir uns wieder für die Ausgebeuteten und Ausgegrenzten einsetzen und hoffen dabei, ab und zu einen kleinen Erfolg feiern können.

Joanna Moreno, SOC/SAT-Almeria

Medienberichte zum Thema:

Im spanischen Fernsehen (RTVE): «Historia bajo los plasticos en la huerta de Europa»: www.rtve.es/play/videos/en-portada/bajo-plastico/6910773

Im deutschen Fernsehen ARD: www.tagesschau.de/wirtschaft/lieferketten-tomaten-spanien-arbeitsbedingungen-101.html

Aufruf zum Boykott

Im Namen der Ernährungssicherheit zukünftiger Generationen können wir kein Obst und Gemüse tolerieren, das die Verschlechterung der Lebensbedingungen, die Missachtung von Grundrechten, die Aushöhlung der Ernährungssouveränität und die Verwüstung des Planeten bedeutet.

Die multinationalen Grossverteiler und Agrarkonzerne, die bis heute keine glaubhafte Rechtfertigung für die irrsinnige Steigerung der Preise parat haben, welche die Grundnahrungsmittel für Normalverbraucherinnen betrifft, fahren fort, ihre Umsätze auf unanständige Weise zu steigern. Während billige migrantische Arbeitskräfte in der industriellen Landwirtschaft in Spanien und Italien für 4 bis 5 Euro pro Stunde Gemüse und Obst pflücken, das unter Labels verkauft wird, die angeblich ethische Kriterien garantieren, sind die Preise für Obst und Gemüse z.B. in Frankreich um mehr als 16 Prozent angestiegen. Während Tausende von Familien es sich wegen horrender Preise nicht mehr leisten können, ihren Kindern Erdbeeren, Tomaten oder grünes Gemüse zu kaufen, steht dieses Obst und Gemüse für illegale Wassernahme, verstärkte Wüstenbildung, die Zerstörung von Ökosystemen und die Verstärkung der globalen Erwärmung. Es handelt sich um Obst und Gemüse aus einer unvernünftigen industriellen Landwirtschaft, die nach Erdöl stinkt und deren Rückstände im Ozean landen. Der Marktwert steigt, während der Nährwert immer weiter sinkt.

Angesichts eines Produktionssystems, in dem die Ernährungssicherheit für viele Menschen nicht mehr gewährleistet ist. Angesichts eines kriminellen Produktionssystems, das den Menschen und die Erde in Profitmaschinen verwandelt hat, mit lebensnotwendigen Nahrungsmitteln spekuliert und unseren Kindern das Brot wegnimmt. Angesichts eines Produktionssystems, das Ungleichheiten schafft und wo Waren nur für einige Wenige zugänglich sind, ist es unsere Pflicht, BASTA zu rufen! GENUG!

Wir dürfen ein Produktionssystem, das grundlegende Rechte verletzt und verweigert, nicht unterstützen!

- BOYKOTT AUF OBST UND GEMÜSE, die das Arbeitsrecht missachten!
- Die das Wohlbefinden und die Unversehrtheit des Menschen nicht garantieren!
- Die keine menschenwürdigen Wohnverhältnisse und keinen existenzsichernden Lohn garantieren und die unseren Planeten nicht respektieren! BASTA! GENUG!

Aufruf zur Solidarität!

Auch in Südfrankreich ist die Ausbeutung von ausländischen Arbeiter:innen in der Landwirtschaft an der Tagesordnung. Eine Gruppe von 17 Arbeiterinnen und Arbeitern kämpft derzeit gegen ihren Arbeitgeber, die SAS De Rigoy, die biologisches Obst und Gemüse produziert.

Diese marokkanischen Arbeiter:innen wurden in Malemort du Comtat (Departement Vaucluse) mit einem OFII¹-Vertrag eingestellt, also legal, aber ohne Lohnabrechnung, ohne einen einzigen Ruhetag und ohne jemals entlohnt zu werden. Sie wurden mit Lügen und falschen Versprechungen angelockt und mussten sich ihren Vertrag erkaufen. So wurden sie zu Opfern von Korruption und rücksichtsloser Ausbeutung.

«Für einige ist es das dritte Jahr, in dem uns der Chef unter den gleichen Bedingungen ausbeutet: kein Lohn ausser 20 € hier oder 50 € dort in bar, kein Ruhetag während der Saison und Verträge, für die wir in Marokko zwischen 10.000 und 12.000 € bezahlt haben, um mehrere Jahre hier arbeiten zu können», erzählt Boojma. «Es gibt 17 Menschen hier, die kämpfen, aber es gibt vor allem 17 leidende Familien in Marokko», fügt Driss besorgt hinzu. Da ihnen der Lohn vorenthalten wurde, konnten sie seit ihrer Abreise aus Marokko ihre Familien in der Heimat nicht mehr unterstützen. Einige der Arbeiter:innen haben sich verschuldet, um kommen zu können, andere haben ihren dortigen Beruf aufgegeben, um hier ein besseres Leben zu finden. Heute sind sie in diesem Ausbeutungssystem gefangen.

«Wir haben im Juli 2023 die Arbeitsaufsichtsbehörde eingeschaltet und 17 Beschwerden bei der Gendarmerie und dem Arbeitsgericht eingereicht. Mitte Januar im neuen Jahr warten wir immer noch...».

Die Arbeiter:innen haben beschlossen, ihre Unterkunft auf dem Betrieb und Frankreich nicht zu verlassen, bis sie ihre Rechte bekommen haben. Sie bereiten sich darauf vor, den Winter in einem baufälligen Haus zu verbringen, in dem der Chef das Wasser und den Strom abgestellt hat, zusammengedrängt ohne Heizung auf Matratzen auf dem Boden. Sie haben den riesigen Mut, diese moderne Sklaverei anzuprangern, und halten seit Monaten durch. Sie brauchen unsere Solidarität und unsere Unterstützung! Ein Crowdfunding, das in den kommenden Tagen ausläuft, wurde lanciert unter www.papayoux-solidarite.com/fr/collecte/soutiens-a-18-travailleurs-agricole-marocains-exploites-84. Wenn es die Situation erfordern sollte, wird eine neue Geldsammlung gestartet.

Driss, Boojma, Mastapha, Khalid, Mohsin, Ali, Othman, Mohamed, Mohsin, Abd, Rachid, Blkasm, Driss, Ismaïl, Abd, Rafik, Charafe und ihre Familien bedanken sich für jede Hilfe.

1. OFFI: Office français de l'immigration et de l'intégration (Französisches Amt für Einwanderung und Integration)

EUROPA/ASYLPOLITIK

Schulterschluss für das Unmenschliche

Die Europäische Asylgesetzgebung wird sich massgeblich verschlimmern. Sie entfernt sich immer mehr von der Genfer Flüchtlingskonvention. Das Europäische Parlament bestätigte im Grossen und Ganzen die neuen unmenschlichen Verordnungen des Europarats für das «Gemeinsame Europäische Asylsystem».

«Today is truly a historic day», es sei ein wahrhaft historischer Tag, sagte die Präsidentin des Europäischen Parlaments, Roberta Metsola, zur Eröffnung der Pressekonferenz nach dem Abschluss der Trilog-Verhandlungen am Morgen des 20. Dezember 2023. Neben ihr standen die drei Berichterstatter:innen des Parlaments für die drei zentralen Verordnungen des Migrations- und Asylpakets. In den Tagen und Nächten zuvor wurde für diese Rechtsakte eine Kompromisslinie zwischen Kommission, Parlament und dem Rat als Vertreter der Mitgliedstaaten ausgehandelt – und damit die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) als Ganzes besiegelt. Die Berichterstatter:innen waren sichtlich gezeichnet von dem Verhandlungsmarathon und hoben immer wieder hervor, dass die Einigung einen «grossen politischen Erfolg» darstelle. Doch noch während sie sprachen, wurden die ersten

Inhalte und Analysen des Kompromisses veröffentlicht. Schnell wurde klar: Der Rat hatte sich in nahezu allen Fragen durchgesetzt, das Parlament konnte – trotz der Länge der Verhandlungen – nur minimale Verbesserungen durchsetzen.

Die im Sommer 2023 noch von vielen, auch von Teilen der deutschen Ampelkoalition, geäusserte Hoffnung, das Europäische Parlament würde die schlimmsten Härten der Position des Rates noch abmildern können, stellte sich als Trugschluss heraus. Das hätte man schon vorher ahnen können: Bereits im Statusbericht der spanischen Ratspräsidentschaft Anfang Dezember wurde, etwas triumphierend im Ton, erklärt, dass sich die Ratsposition durchsetzen würde. Doch erst jetzt wird klar, wie weitgehend der Durchmarsch des Rates gegenüber dem Parlament tatsächlich war. An dieser Stelle kann nicht allzu detailliert und umfassend auf die Fein-

heiten des Kompromisses eingegangen werden. Zum einen wird diese Diskussion schnell höchst technisch. Zum anderen muss hervorgehoben werden, dass erneut – dies war auch im Juni 2023 beim Kompromiss des Rates schon der Fall – nur eine politische Einigung erzielt wurde. Der tatsächliche Wortlaut der Gesetze, wie sie nun beschlossen werden sollen und der für die tatsächliche Umsetzung ausschlaggebend sein wird, wird erst in den kommenden Wochen ausgearbeitet. Dies bietet Raum für weitere Verschlimmerungen und untergräbt gleichzeitig den demokratischen Prozess.

Grenzverfahren mit Logikfehler

Ein einschneidender Punkt der GEAS-Reform wird, wie schon lange diskutiert, die Einführung der Grenzverfahren sein. Diese sind verpflichtend durchzuführen. Zu diesem Zweck sollen grenznahe Einrichtungen aufgebaut werden, in denen gleichzeitig bis zu 30.000 Menschen festgehalten werden können. In den nächsten Jahren soll ihre Kapazität auf 120.000 Personen anwachsen. Von den Grenzverfahren werden vor allem Personen betroffen sein, deren Nationalität eine Gesamtanerkennungsquote von unter 20 Prozent in der EU hat. Hier handelt es sich um einen entlarvenden Logikfehler. Wenn in einem Staat ‚nur‘ ein Zehntel der Bevölkerung verfolgt wird, müsste ein wirksames Asylsystem, das auf den Schutz des Individuums ausgelegt ist, den Einzelfall umso genauer prüfen. Stattdessen wird mit der statistischen Fiktion gearbeitet, dass eine niedrige Anerkennungsquote gleichbedeutend mit einer niedrigen Anerkennungs wahrschein-

lichkeit im Einzelfall wäre. Das ist schon mathematisch falsch. Es zeigt aber vor allem, wie weit sich die Logik des GEAS von der der Genfer Flüchtlingskonvention entfernt hat. Es geht nicht mehr um den Schutz des Individuums vor Verfolgung, sondern um eine blosser Verwaltung von Massenflucht, in der die Person nur noch statistisches Element einer unerwünschten Bevölkerung ist.

Das Grenzverfahren wird auch für Personen verpflichtend, die durch einen sogenannten sicheren Drittstaat eingereist sind. Unstrittig scheint, dass die Grenzverfahren unter Bedingungen von Inhaftierung und abgesenktem Rechtsschutz stattfinden werden. Das Parlament konnte lediglich durchsetzen, dass es kostenlose Rechtsberatung (nicht: Rechtsbeistand) geben wird. Keine Ausnahmen wird es aber bei der Inhaftierung von Kindern geben, lediglich unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sollen ausgenommen werden.

Kein Ende der Pushbacks

Auch in einem zweiten wichtigen Punkt konnte sich das Parlament nicht durchsetzen. Es hatte einen robusten Monitoring-Mechanismus zur unabhängigen Überprüfung für die Screening-Verordnung gefordert. Das Screening besteht aus: Feststellung der Identität, Gesundheits- und Sicherheitskontrollen, Abnahme von Fingerabdrücken und Erfassung in der Eurodac-Datenbank. Diese Verordnung regelt den Erstkontakt zwischen schutzsuchender Person und EU-Mitgliedstaat, zum Beispiel wenn eine Person nach einem unautorisierten Grenzübertritt aufgegriffen wird. In Zukunft soll innerhalb von sieben Tagen entschieden werden, ob die Person direkt zurückgeschoben, ins Grenzverfahren oder ins reguläre Asylverfahren überstellt wird. Das Screening findet unter der Fiktion der Nicht-Einreise statt. Trotz de facto Anwesenheit auf dem Territorium wird de jure davon ausgegangen, dass eine Einreise noch nicht stattgefunden hat. Personen im Screening können sich daher auf noch weniger Verfahrensgarantien verlassen.

Erwiesenermassen kommt es beim Erstkontakt zwischen Grenzschutz und Geflüchteten oftmals zu Pushbacks, also illegalen Zurückschiebungen über die Grenze. Der abgespeckte Monitoring-Mechanismus soll nun nicht an der Grenze, sondern nur in den Screening-Einrichtungen wirksam werden. Er setzt also zu spät an, um wirksam Pushbacks in der EU verhindern zu können.

Positiv ist lediglich festzuhalten, dass das sogenannte Verbindungselement bei Abschiebungen in Drittstaaten gestärkt worden ist. Beispielsweise soll es nach einer

Ablehnung im Grenzverfahren möglich sein, abgelehnte Schutzsuchende in einen sicheren Drittstaat abzuschleppen. Es muss nun aber ein Bezug der Person zu diesem Drittstaat bestehen, eine reine Durchreise reicht nicht mehr aus und auch eine ‚freiwillige‘ Zustimmung kann keine Grundlage mehr darstellen. Dies bedeutet, dass das sogenannte Ruanda-Modell, welches schon in Grossbritannien als rechtswidrig eingestuft wurde, auch in der EU zukünftig unvereinbar mit Unionsrecht sein wird. Es ist zu hoffen, dass dies die unwürdige Debatte dazu in Deutschland nun schnell beendet.

Krise, Force Majeure, Instrumentalisierung

Diese drei Aspekte beziehen sich auf den Normalfall des GEAS. Teil der Reform ist aber auch eine Krisenverordnung, die in Fällen von «Krise» (massenhafte Ankunft), «Force Majeure» (höhere Gewalt) und «Instrumentalisierung» (Unterstützung von Fluchtmigration durch Staaten oder «hostile non-state actors») auf Grund eines politischen Kalküls) eine weitere Absenkung der Standards erlaubt. Damit ist einer Aushebelung der ohnehin schon niedrigen Verfahrensgarantien für Schutzsuchende Tür und Tor geöffnet. Zwar muss ein solcher Fall vom Rat beschlossen werden (das Parlament ist hier aussen vor), angesichts der politischen Stimmung im Rat ist jedoch davon auszugehen, dass solche Beschlüsse regelmässig ergehen werden, sobald Mitgliedstaaten diese beantragen.

Der Reform muss attestiert werden, dass sie die ursprüngliche Vision des GEAS, einen gemeinsamen und homogenen «Raum des Schutzes» zu begründen, zu Grabe getragen hat. Trotz der Tatsache, dass es sich um eine europäische Gesetzgebung handelt und dass europäische Institutionen eine stärkere Rolle haben werden: Der Geist der neuen Verordnungen ist es nicht mehr, staatliches Handeln im Sinne eines wirksamen Systems des Flüchtlingsschutzes anzuleiten und im Konfliktfall zu begrenzen. Vielmehr ist es den Mitgliedstaaten regelmässig freigestellt, auch schärfere Massnahmen – zum Beispiel die Ausweitung der Grenzverfahren auf alle Schutzsuchende – zu ergreifen.

Keine europäische Solidarität

Dies führt zum letzten Punkt. Auch wenn immer wieder das Gegenteil behauptet wird: Die Ungleichverteilung von Verantwortung für den Flüchtlingsschutz, die das Dublin-System begründet hat und die den Grund für dessen Scheitern darstellt, wird nicht reformiert. Gleichzeitig wurde auch kein wirksamer Solidaritätsmechanismus innerhalb der

EU beschlossen. Durch die Wiederkehr des umstrittenen Konzepts der «flexiblen Solidarität» ist es Mitgliedstaaten nun freigestellt, in welcher Form sie Verantwortung im GEAS übernehmen. Eine zwingende Aufnahme von anerkannten Schutzsuchenden gibt es nicht mehr, stattdessen darf auch in einen Fonds für Grenzsicherungsmassnahmen eingezahlt werden. Auch dies konterkariert die Idee eines gemeinsamen europäischen Systems.

Es ist daher mehr als fraglich, ob es grundlegende Anreize für die grenznahen Mitgliedstaaten der EU gibt, sich am neuen System zu beteiligen. Immerhin wird von diesen nun die Errichtung und der Betrieb massiver, grenznaher Inhaftierungslager verlangt. Im Gegenzug können sie aber kaum auf Unterstützung jenseits finanzieller Förderung hoffen. Ein mögliches Szenario wäre daher, dass ihre Politik, die Menschen nach Norden durchzuwinken (was die Krise des GEAS auslöste) fortgesetzt wird. Ein anderes mögliches Szenario ist, dass ein Mitgliedstaat grundsätzlich auf Grenzverfahren und die Inhaftierung aller Schutzsuchenden setzt. Eine dritte Möglichkeit wäre, dass ein grenznaher Mitgliedstaat wiederholt den Krisenfall ausruft, um so die Regeln des GEAS ausser Kraft zu setzen. Eine ähnliche Dynamik lässt sich schon seit vielen Jahren im Schengen-System beobachten, in dem Staaten die Ausnahme – temporäre Binnengrenzkontrollen – längst zur permanenten Regel gemacht haben.

Die Demokratie steht auf dem Spiel

Mit der unter hohem Druck zu Stande gekommenen Einigung auf die Reform des GEAS haben die EU, ihre Mitgliedstaaten, aber auch die im Parlament vertretenen Parteien eine überaus gefährliche Wette auf die Zukunft geschlossen. Sie hoffen, dass die schiere Gewalt der Grenze die Ankunft von Schutzsuchenden in Europa verhindern kann. Sie sind bereit, einen horrenden menschlichen Preis dafür zu bezahlen, genauer: von Schutzsuchenden und den Schwächsten bezahlen zu lassen. Doch was passiert, wenn sich die Massnahmen als unwirksam herausstellen oder ihre Konsequenzen – die Vervielfachung des Leidens an den Aussengrenzen – demonstrieren, in welchem Masse die EU bereit ist, ihre eigenen Werte zu verraten? Dann wird erst recht die Stunde des Autoritarismus, des Rassismus und des Faschismus im Gewand der neuen rechten Bewegungen in Europa schlagen. Dann werden Demokratie und Rechtsstaat in Europa erst recht auf dem Spiel stehen. Die Anfänge dessen können wir schon heute beobachten: Die Regierungen Sunak in Grossbritannien und Macron in Frankreich könnten stürzen, weil sie unter dem Druck von rechts Migrationspolitik, Grund- und Menschenrechte und Demokratie nicht mehr versöhnen können. Der Streit um die Migration ist in Wahrheit ein Kampf um die Zukunft der Demokratie.

Bernd Kasperek*

*Bernd Kasperek setzt sich seit rund 20 Jahren forschend und aktivistisch mit dem europäischen Grenz- und Migrationsregime auseinander. Aktuell arbeitet er als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt «Transforming Solidarities - Praktiken und Infrastrukturen in der Migrationsgesellschaft» am Institut für Europäische Ethnologie der Humboldt-Universität zu Berlin.

Dieser Artikel wurde am 21. Dezember 2023 im newsletter von medico international veröffentlicht und uns freundlicherweise vom Autor zu Verfügung gestellt.

Kirchenasyl heute – Konferenz mit Workshop

Für Geflüchtete, die von der Abschiebung bedroht sind, ist das Kirchenasyl oft die letzte Chance. Ohne den Rechtsstaat in Frage zu stellen, berufen sich kirchlich engagierte Menschen auf ein uraltes Recht der Kirche, das helfen soll, unnötiges menschliches Leid zu verhindern. Eine Tagung in der Schweiz setzt sich mit der Frage der heutigen Bedeutung und möglichen Umsetzung von Kirchenasyl auseinander. In der Schweizer Ausgabe dieses Archipels finden Sie als Beilage den Einladungsflyer für diese Veranstaltung. Vielen Dank für Ihr Interesse!

Neues Rausländergesetz

Im französischen Parlament wurde am 19. Dezember 2023 zusammen mit den Stimmen des neofaschistischen Rassemblement national (RN) das sehr umstrittene Neue Einwanderungsgesetz verabschiedet.

In Kraft treten konnte es noch nicht, denn zuvor muss noch der Conseil Constitutionnel, d.h. das französische Verfassungsgericht sein grünes Licht dafür geben. Am 14. Januar gab es in ganz Frankreich Demonstrationen gegen das rassistische Gesetz.

Marsch der Solidarität

«Das Asyl- und Einwanderungsgesetz markiert einen Wendepunkt, den unsere Kollektive, Verbände, Gewerkschaften und Organisationen nicht akzeptieren können. Es greift viele Ideen der extremen Rechten auf, wie z.B. die Nationalpräferenz, und wird schreckliche Auswirkungen auf das Leben von Hunderttausenden von ausländischen Einwohnerinnen auf französischem Boden haben. Es handelt sich um das rückschrittlichste Gesetz seit 40 Jahren.

Dieses rassistische und fremdenfeindliche Gesetz schränkt das Recht auf Aufenthalt

ein, verschärft die Repression erheblich, greift das Asylrecht, das Bodenrecht, kranke Ausländerinnen, nichteuropäische Studierende und die Familienzusammenführung an. Der Angriff auf die Notunterkünfte und die Verschärfung des Zugangs zu Sozialleistungen wie Kindergeld und Wohngeld werden Familien, insbesondere Migrantinnen, auf die Strasse setzen oder in die Arme von Schlafhändlern¹ treiben.

Dieses Gesetz wird Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Schülerinnen und Schüler, Studierende mit oder ohne Papiere weiter prekarisieren. Die Willkür der Präfekturen wird weiter verstärkt, Zurückweisungen an den Grenzen, systematische Ausstellung von OQTF (obligations de quitter le territoire français = Verpflichtung, das französische Hoheitsgebiet zu verlassen) und IRTF (interdiction de

retour sur le territoire français = Verbot der Rückkehr in das französische Hoheitsgebiet) und Verlängerung ihrer Dauer, insbesondere für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Dieses Gesetz greift die bürgerlichen Freiheiten an, missachtet Grundrechte wie das Asylrecht, führt die Doppelbestrafung² wieder ein und ist eine Schande für Frankreich, das vorgibt, die Werte der Gleichheit aller Menschen zu verteidigen. Wir fordern daher die Rücknahme dieses Gesetzes.

Wir rufen auf:

- Alle Kämpfe für die Regularisierung der Sans-Papiers zu unterstützen, insbesondere die Streiks.
- Die Anwendung dieses Gesetzes zu verhindern, indem wir Solidaritätsaktionen vervielfachen und zivilen Ungehorsam leisten.
- Am Sonntag, den 14. Januar im ganzen Land massiv zu demonstrieren, um die Verabschiedung dieses Gesetzes zu verhindern, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu bekämpfen und eine Migrationspolitik der Aufnahme und Solidarität zu verteidigen.»

Die 400 Kollektive, Vereine, Gewerkschaften und politische Parteien für den Marsch der Solidarität

1. Schlafhändler sind Vermieter, die die Notlage von sehr schwachen Bevölkerungsgruppen bis zum Äußersten ausnutzen. (Anm. d. Red.)

2. Die «double peine» bedeutet, dass ein Ausländer/eine Ausländerin bei einem, wenn auch noch so kleinen Delikt, zusätzlich zu einer gerichtlichen Strafe in Form von Gefängnis oder einer Geldstrafe, nach Ablauf seiner Haftstrafe vorübergehend oder dauerhaft aus dem französischen Hoheitsgebiet ausgeschlossen werden soll.

FECL und AIM

Zwei Archive, zweimal Basis unserer Arbeit, zweimal für Sie frei zugänglich! Seit einiger Zeit können Nutzer*innen unserer Webseite forumcivique.org auf zwei Archive zugreifen.

Es handelt sich um das vom EBF seinerzeit unterstützte Alternative Informationsnetzwerk für den Balkan und Südosteuropa AIM – Alternativna Informativna Mreža¹, 1992-2004, sowie die von Nicholas Busch, Mitbegründer des EBF, editierte Monatschrift «Fortress Europe? – Circular Letter» – FECL, 1992-1998². Das AIM-Archiv umfasst gut 26.000 Artikel in den Sprachen Bosnisch-Serbisch-Kroatisch, Albanisch, Englisch und Slowenisch. AIM war während und nach den Kriegen in Jugoslawien und den Nachfolgestaaten eine unvergleichliche Nachrichtenquelle. Bis zu 120 hauptamtliche Journalist*innen sorgten mit ihrer unabhängigen Hintergrundberichterstattung für das Überleben der vierten Gewalt unter widrigsten Umständen. Ihr gemeinsamer Ansatz war anti-nationalistisch bestimmt und prägte die Arbeit von AIM über sein aktives Ende hinaus, was auch heute als Arbeitsgrundlage unter vergleichbaren Umständen grundlegend ist. Internationale Vernetzung und Innovation machten den Austausch von Informationen über ein anfangs in Paris stationiertes Mailbox-System möglich, als Telefon oder Fax zwischen Banja Luka und Sarajevo nicht funktionierten. Mitte der 1990er wurde mit dem Pearl-basierten FirstEngine auf der Webseite aimpress.org eines der ersten automatischen Content-Management-Systeme eingesetzt.

AIM betrieb auch mehrere Ausbildungsprogramme für junge Journalist*innen und sorgte auf verschiedenen Ebenen für Ver-

trauensbildung in Kriegszeiten sowie danach. Die überredaktionellen Treffen fanden zumeist auf dem Hof der Europäischen Kooperative Longo maï im österreichischen Bad Eisenkappel statt.

Wesentlich kleiner, aber um nichts unbedeutender, ist das Archiv von FECL. Nicholas Busch baute parallel zur Etablierung des Schengenraums Anfang der 1990er Jahre ein Netzwerk von Journalist*innen, Jurist*innen, Politiker*innen und Aktivist*innen auf. Mittels der gedruckt erscheinenden Monatschrift wurden Entwicklungen wie das Schengen-Informationssystem, der Asylrechtsabbau und anderes mehr analysiert, bekannt gemacht und bisweilen auch erstmals denunziert. Nicholas Busch arbeitete später als Berater der Vänsterpartiet im schwedischen Reichstag und publizierte kritisch zu Themen der europäischen Sicherheitsarchitektur.

Die Bereitstellung beider Archive ist dem EBF Herzenssache. Die inzwischen historischen Einblicke mögen Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, von Nutzen sein und vielleicht auch Wissensgewinn bei ihrer politischen Bildung bieten!

Jochen Cotaru

1. abrufbar unter: aimpress.forumcivique.org

2. abrufbar unter: fecl.forumcivique.org

Buchtip: Nicholas Busch: Baustelle Festung Europa. Beobachtungen, Analysen, Reflexionen. Drava Verlag, Klagenfurt 2006. ISBN 9783854354857. Kartoniert, 214 Seiten, 19,50 EU

Archipel
Monatszeitung des
Forum Civique

Schweiz:
Postfach 1115,
CH-4001 Basel
Tel: 0041/61 262 01 11
ch@forumcivique.org

Österreich:
Lobnik 16
A-9135 Zelezna Kapla
Tel: 0043/42 38 87 05
at@forumcivique.org

Deutschland:
Hof Ulenkrug, OT Stubbendorf
D-17159 Dargun
Tel: 0049/39 959 23 881
de@forumcivique.org

Frankreich:
St. Hyppolite
F-04300 Limans
Tel: 0033/4 92 73 05 98
fr@forumcivique.org

Ukraine:
vul. Peremogi 70
UKR-90440 Nischnje Selischtsche
Tel: 00380/31 42 512 20
ua@forumcivique.org